

5. Januar 2017



Diesen Newsletter als PDF lesen: <https://netz-bb.netz.coop/index.php?id=43>

Mitgliederrundbrief des NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.

Liebe Mitglieder und Freund*innen des NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg

Die Lage der Welt gibt viele Anlässe zu großer Sorge. Ich hoffe, dass es uns im Rahmen unserer Möglichkeiten gelingt, wenigstens einen kleinen Beitrag zur Förderung einer anderen, solidarischen Ökonomie zu leisten.

Mit diesem Newsletter möchten wir Euch darüber informieren, in welchen Themenbereichen sich unser Verein aktuell engagiert:

1. Andrej Holm muss Staatssekretär bleiben!
2. Stromwechsel
3. Bewegung in der Rechtsformenfrage?
4. Termine

Herzliche Grüße und die besten Wünsche zum Neuen Jahr!

Elisabeth Voß

*** 1.***

Andrej Holm muss Staatssekretär bleiben!

Das NETZ hat den Offenen Brief von Kotti & Co. vom 16. Dezember 2016 unterschrieben und ebenfalls gemeinsam mit vielen stadtpolitischen Akteuren die Petition #holmbleibt unterzeichnet. Denn auch wir sind der Meinung: „Berlin braucht bezahlbare Mieten und eine demokratische Stadtentwicklung“.

Zum Offenen Brief: <https://kottiundco.net/2016/12/16/offender-brief-an-den-berliner-senat-aus-spd-gruenen-und-linken-und-die-koalitionsfraktionen/>

Zur Petition: <http://holmbleibt.de/>

*** 2.***

Stromwechsel

In Berlin-Brandenburg gibt es zwei neue Stromanbieter, die ihren Ursprung in klimapolitischen Bewegungen und – letztlich gescheiterten – Volksentscheiden bzw. Bürgerbegehren gegen den Kohle- und Atomkonzern Vattenfall haben. Beide freuen sich über neue Kund*innen.

Berliner Stadtwerke

Der Berliner Energietisch verlor im November 2013 sehr knapp den Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Berliner Stromnetze und für die Gründung eines kommunalen Stromanbieters. Die zu hundert Prozent öffentlichen Unternehmen sollten eine klare demokratische, ökologische und soziale Ausrichtung haben. Immerhin beschloss damals der Berliner Senat, ein kommunales Mini-Stadtwerk zu gründen. Nachdem es eine Weile vor sich her dümpelte, soll es nun wachsen und sucht weitere Kund*innen. Es produziert Energie ausschließlich aus regenerativen Quellen und soll dazu beitragen, dass Berlin bis 2050 klimaneutral wird. Demokratisch kontrolliert wird es von einem Beirat, der hoffentlich auch darüber wacht, dass dieses öffentliche Unternehmen dauerhaft als Stromanbieter für alle Berliner*innen funktioniert, und zum Beispiel auch weiterhin säumigen Kund*innen nicht den Strom abstellt, sondern andere Wege des Ausgleichs findet.

Berliner Stadtwerke: www.berlinerstadtwerke.de/

Berliner Energietisch: <http://berliner-energiesch.net/>

Solargenossenschaft Lausitz

Als 2009 in der Lausitz das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Kohlebergbaus und das Abbaggern von Dörfern durch den Energiekonzern Vattenfall scheiterte, gründeten einige Aktive die Solargenossenschaft Lausitz (SoGeLa). Diese setzt nun mit ihren Solaranlagen ein Zeichen für die Energiewende und hat auch Anlagen in Dörfern installiert, die von der Zerstörung durch den Kohlebergbau bedroht sind. Im Verbund mit „Bürgerwerke – Energie in Gemeinschaft“ verkauft die SoGeLa nun auch „BürgerStrom“ aus regenerativen Energiequellen.

Solargenossenschaft Lausitz: www.solar-lausitz.de

Bürgerwerke – Energie in Gemeinschaft: <https://buergerwerke.de/>

*** 3.***

Bewegung in der Rechtsformenfrage?

Genossenschaften unterliegen in Deutschland der Prüfungspflicht, daher suchen kollektiv wirtschaftende Gruppen häufig nach alternativen Rechtsformen. Manche sind als Vereine organisiert. Während Genossenschaften auf gemeinschaftliches Wirtschaften ausgelegt sind, dienen Vereine ideellen (also nicht-wirtschaftlichen) Zwecken. Die Auslegung, was darunter zu verstehen ist, hat sich in den letzten Jahren verschärft. Immer mehr Vereinen, die zum Beispiel Kinderläden, Freie Schulen oder Dorfläden betreiben, droht die Aberkennung des Vereinsstatus wegen angeblich unerlaubter wirtschaftlicher Betätigung.

Ein „Bündnis für geeignete Rechtsformen für das Bürgerschaftliche Engagement“ fordert seit Langem die Befreiung von der Prüfungspflicht für kleine Genossenschaften oder die Zulassung wirtschaftlicher Vereine. Nun scheint Bewegung in die Rechtsformenfrage zu kommen.

Bündnis-Website: www.rechtsformen-fuer-engagement.de/

Zulassung von Wirtschaftsvereinen?

In einem Referentenentwurf vom November 2016 schlägt das Justizministerium vor, „dass bei sehr kleinen Genossenschaften jede zweite Prüfung in Form einer sogenannten vereinfachten Prüfung durchgeführt wird, die weniger aufwändig und daher kostengünstiger ist. Für ganz kleine Initiativen, die die Kosten einer Prüfung gar nicht erwirtschaften können, soll der Zugang zur Rechtsform des rechtsfähigen wirtschaftlichen Vereins dadurch erleichtert werden, dass durch den Gesetz- bzw. Verordnungsgeber die Zugangsvoraussetzungen konkretisiert werden, wobei ein Mindestmaß an Gläubiger- und Mitgliederschutz sichergestellt werden soll.“ Darüber hinaus sind eine Reihe von Änderungen des Genossenschaftsgesetzes enthalten, die der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) ausführlich kommentiert hat.

Referentenentwurf des Justizministeriums:

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/Buergerliches_Engagement.html

Kommentar des ZdK: <http://www.zdk-hamburg.de/blog/2016/12/bmjv-veroeffentlicht-referentenentwurf/>

Genossenschaften demokratisieren?

Das Justizministerium schlägt in seinem Referentenentwurf unter anderem vor, den umstrittene Paragraf 27 des Genossenschaftsgesetzes zu ändern. Dieser beschränkt die Entscheidungsbefugnisse der Mitglieder, indem er bestimmt: „Der Vorstand hat die Genossenschaft unter eigener Verantwortung zu leiten.“ Immerhin hat er „dabei die Beschränkungen zu beachten, die durch die Satzung festgesetzt worden sind.“ Es ist also schon heute zulässig, in der Satzung den Mitgliedern für bestimmte Geschäftsvorgänge Entscheidungsrechte einzuräumen, was jedoch nicht immer genutzt wird. Das Justizministerium möchte nun hinzufügen: „Die Satzung kann vorsehen, dass der Vorstand an Weisungen der Generalversammlung gebunden ist.“ Damit könnte grundsätzlich die Macht in die Hände der Mitglieder gelegt werden. Wenn diese Gesetzesänderung verabschiedet würde, wäre die Rechtsform Genossenschaft für Kollektivbetriebe und selbstverwaltete Hausprojekte deutlich attraktiver als bisher. Wenn es den Mitgliedern bestehender Genossenschaften gelänge, entsprechende Satzungsänderungen durchzusetzen, gäbe es Hoffnung, dass sich die Genossenschaftskultur insgesamt demokratisieren könnte.

Genossenschaftsgesetz, § 27: www.gesetze-im-internet.de/geng/_27.html

Der Genossenschaftsgedanke ist ein geschütztes Kulturgut

Das UNESCO-Komitee für Immaterielles Kulturerbe hat auf seiner Tagung Ende 2016 unter anderem den Deutschen Genossenschaftsgedanken in die Liste der geschützten Kulturgüter der Menschheit aufgenommen. Vorgeschlagen hatten dies die Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft und die Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft. Aus ihrer Begründung: „Erhebliche Risiken für den Erhalt und die Weitergabe der Genossenschaftsidee sind ihr sinkender Bekanntheitsgrad innerhalb der jüngeren Bevölkerung, die zunehmende Globalisierung und rein profitorientierte Märkte.“

Deutsche UNESCO-Kommission: www.unesco.de/kultur/2016/genossenschaftsidee-und-praxis-als-erster-deutscher-beitrag-in-die-unesco-liste-des-immateriellen-kulturerbes-aufgenommen.html

*** 4. ***

Termine

So. 08.01.2017, Lausitzer Sternmarsch gegen neue Tagebaue

Zum zehnten Mal laden die Dörfer, die vom geplanten Tagebau Jänschwalde bedroht sind, zum Sternmarsch ein. Die Züge starten in Grabko, Atterwasch und Kerkwitz, die Abschlusskundgebung findet etwa um 14 Uhr statt.

Mehr Infos zur Demo: <http://www.kein-weiteres-dorf.de/>

Sa. 21.01.2017, 12:00h, Berlin: Wir haben Agrarindustrie satt!

Die jährliche Demonstration für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft steht diesmal unter dem Motto „Agrarkonzerne – Finger weg von unserem Essen“. Wie jedes Jahr unterstützt auch das NETZ die Demo und ruft alle Mitglieder und Freund*innen zur Teilnahme auf.

Demo-Website: <http://www.wir-haben-es-satt.de>

Sa. 28.01.2017, 18:30h, Berlin: Satirischer Jahresrückblick mit Gerald Wolf

„Na, det war wieda 'n Jahr!“ heißt es im „Haus der Ideen“ unseres Mitglieds Reinhard Berger in Alt Marienfelde 39, 12277 Berlin:

Veranstaltungs-Info: <http://www.das-haus-der-ideen.de/ht22c.htm>

Mo. 06.03.2017, 15:00h, Berlin: Organisation und Rechtsformen ...

... für selbstverwaltete kulturelle Betriebe und Projekte. Eine Fragerunde mit Kurzvorträgen von Rupay Dahm (Rechtsanwalt) und Elisabeth Voß (Betriebswirtin) – den Termin schon mal vormerken, wir werden demnächst die Details auf unserer Website ankündigen und Euch noch einmal anmailen.

Sa. 11.03.2017, 10-17h, Genossenschaften als Solidarisches Wirtschaften

Tagesseminar des August Bebel Institut in Kooperation mit dem NETZ. Referentin: Elisabeth Voß.

Info und Anmeldung: <http://august-bebel-institut.de/genossenschaften-als-solidarisches-wirtschaften-2/>

Fr. 24.03.2017, 19:00h, Berlin: Vernissage „Solidarisches Kalabrien“

Auch diesen Termin könnt Ihr Euch schon mal vormerken. Elisabeth Voß zeigt Fotos von einer Reise nach Riace und zu anderen Dörfern im süditalienischen Kalabrien, die Flüchtlinge mit offenen Armen aufnehmen. Die Ausstellung findet statt im Café der Kreuzberger Regenbogenfabrik. Eine Einladung kommt noch.

Impressum

netz aktuell – Mitgliederrundbrief des NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg e.V.

Verantwortlich: Elisabeth Voß, Tel.: 030 - 216 91 05, elisabeth.voss@netz-bb.de, www.netz-bb.de

Die Inhalte dieser Ausgabe wurden sorgfältig und nach bestem Wissen zusammengestellt. Wir übernehmen keinerlei Haftung für Irrtümer oder versehentlich falsche Angaben, und bitten in diesen Fällen um Nachricht.



<http://voss.solioeko.de/>